

FAKTEN ZUM THEMA

BILDUNG UND FORSCHUNG

Für beste Chancen von Anfang an.

So profitieren die Menschen von der Politik der CDU

CDU

Vorrang für Bildung und Forschung.

So profitieren die Menschen von der Politik der CDU

Eine gute Bildung und Ausbildung sind die Schlüssel, damit Menschen ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen gestalten können. Sie sorgen für sichere Jobs und gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig sind sie die Basis für den Wohlstand unserer Gesellschaft insgesamt. Denn Deutschland war nicht nur immer ein Land der Dichter und Denker, sondern es war auch immer ein Land der Entdecker, der Forscher und Tüftler.

Ausgehend vom christlichen Menschenbild ist für die CDU Bildung mehr als Lernen. Sie soll auch gemeinsame Grundüberzeugungen, gemeinsame Werte, Urteilskraft und kritisches Denken vermitteln. Dies trägt zur Persönlichkeitsbildung bei und legt die Grundlagen für Orientierung in einer zunehmend komplexen Welt.

Als Christdemokraten achten wir zudem die unterschiedlichen Begabungen jeder und jedes einzelnen Menschen. Dabei heißen gleiche Chancen jedoch nicht gleiche Ergebnisse. Wir wollen, dass sich Leistung lohnt und nicht Herkunft, Besitz oder Beziehungen entscheiden. Wir stehen deshalb für ein differenziertes und durchlässiges Bildungssystem. Die Einheitsschule lehnen wir ab.

Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland die besten Chancen und die besten Bildung erhalten. Deshalb investiert die CDU-geführte Bundesregierung so viel in Bildung und Forschung, wie keine Bundesregierung zuvor. Unser Ziel bleibt die Bildungsrepublik Deutschland!

I. Für beste Chancen von Anfang an: Wir investieren in Bildung und Forschung

Die CDU-geführte Bundesregierung investiert so viel Geld in Bildung, Wissenschaft und Forschung wie nie zuvor. Damit leisten wir einen großen Beitrag, um unsere Kinder bestmöglich auszubilden, Arbeitnehmer weiterzubilden und unsere Forscher und Wissenschaftler bestmöglich auszustatten. Im Jahr 2015 haben Staat und Wirtschaft in Forschung und Entwicklung insgesamt 90,3 Milliarden Euro investiert. Damit erreichten diese Investitionen erstmals 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dazu hatte sich Deutschland im EU-Vertrag von Lissabon verpflichtet.



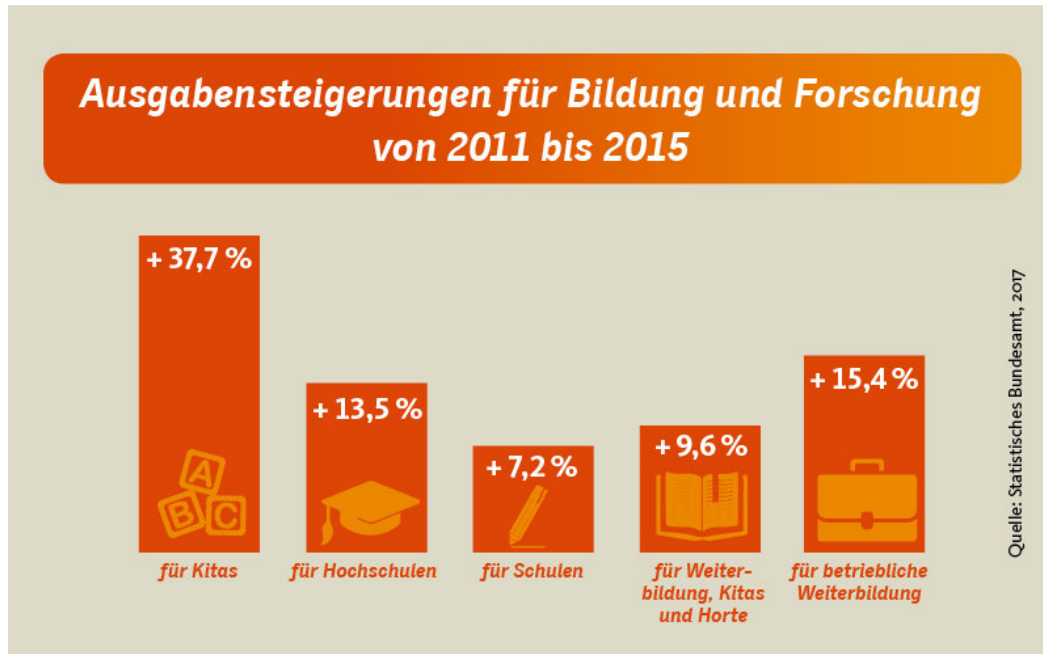
Vorrang für Bildung und Forschung

Wir setzen im Bundeshaushalt die Weichen für die Zukunft. In nur zehn Jahren haben wir den Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung um zehn Milliarden Euro aufgestockt – von 7,6 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf mehr als 17,6 Milliarden Euro im Jahr 2017.

Aber auch andere Ministerien gaben mehr Geld aus, um Bildung und Forschung zu fördern. So stiegen die Ausgaben 2011 bis 2015

- für Kindertageseinrichtungen um 37,7 Prozent
- für Schulen um 7,2 Prozent

- für Hochschulen um 13,5 Prozent
- für Weiterbildung, Jugendarbeit und Horte um 9,6 Prozent
- für betriebliche Weiterbildung um 15,4 Prozent.



II. Fit für die Zukunft – durch digitales Lernen

Die CDU will, dass alle Schüler frühzeitig lernen, mit PC und Internet richtig umzugehen. Sie sollen Möglichkeiten und Risiken des Internets erfahren und die Technik für das eigene Lernen einsetzen können. Denn klar ist: Moderne Bildung braucht mehr als Lesen, Schreiben und Rechnen. Auch IT- und Digital-Kenntnisse gehören im 21. Jahrhundert dazu. Um die richtigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, will der Bund mit den Ländern einen „DigitalPakt#D“ schließen. So schaffen wir für unsere Kinder beste Voraussetzungen für einen guten Start ins Leben.

Die CDU will in den kommenden Jahren vor allem in umfassende Breitbandanbindung und in gute Ausstattung der Schulen investieren. Damit in einer mobilen Gesellschaft der Umzug der Eltern den Kindern keine zusätzlichen Nachteile bringt, sollen gemeinsame Standards für Ausstattung und Lehrpläne erstellt werden.

Gute Ausstattung in den Schulen

Damit unsere Kinder den Umgang mit PC und Internet schon früh lernen können, brauchen unsere Schulen die richtige Ausstattung. Dazu sollen alle allgemeinbildenden und alle Berufsschulen eine Breitbandanbindung, W-LAN und PC-Ausstattung erhalten. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka möchte, dass Bund und Länder dafür in Milliardenhöhe investieren.

Mehr einheitliche Standards

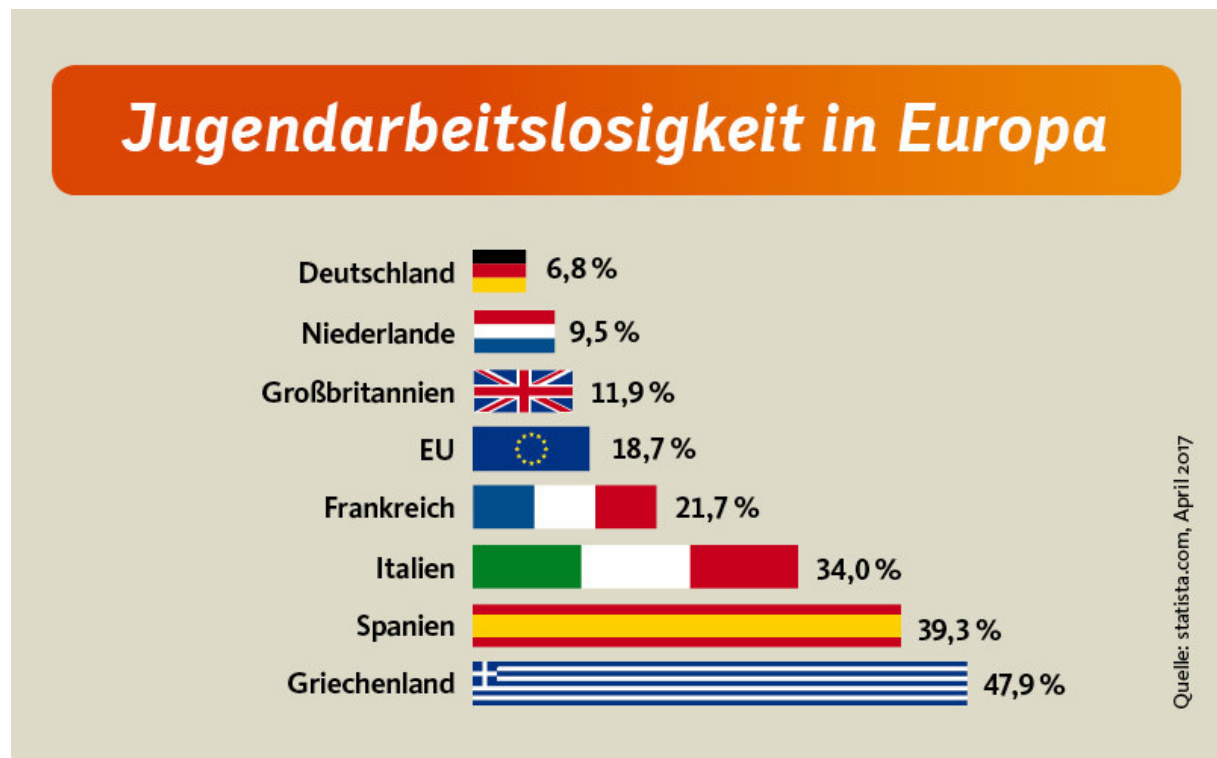
Ein Umzug von einem Bundesland in ein anderes darf nicht länger zum „Bildungsrisiko“ für die betroffenen Kinder werden. Die CDU strebt daher an, dass sich die Länder verpflichten, für PC-Anschluss und PC-Ausstattung gemeinsame technische Standards umzusetzen. Sie sollen auch gemeinsame pädagogische Konzepte erstellen. Die zuständigen Lehrer sollen dann die notwendige Aus- und Fortbildung erhalten.

Praxiserfahrung fördern

Unterricht mit PC und Laptop ist in vielen Schulen noch neu, in zu vielen noch Zukunftsmusik. Es fehlt nicht nur an Technik. So werden Smartphones oft als Ärgernis auf dem Schulhof betrachtet, anstatt sie als alltäglichen Begleiter und Zugangs-Instrument zum Wissen der Welt in den Unterricht einzubinden. Viele Lehrer entwickeln bereits eigene Angebote für modernen digitalen Unterricht. Diese sollen als sogenannte Offene Bildungsmaterialien in den Unterricht eingebunden werden. Sie sollen anderen Lehrern kostenfrei zur Verfügung stehen. Ziel der CDU ist es, dass der Bund eine Beratungsstelle einrichtet, die Informationen zu vorhandenen Angeboten bündelt und bereitstellt. Diese soll auch Fort- und Weiterbildungen zum Thema Offener Bildungsmaterialien fördern.

III. Eine gute Ausbildung sorgt für gute Jobs

Ein Blick in das europäische Ausland zeigt: Unsere duale Berufsausbildung ist einer der besten Wege für einen sicheren und gute bezahlten Job. Sie verbindet erfolgreich Praxis im Betrieb und Theorie in der Berufsschule. Von dieser Verzahnung profitieren unsere Jugendlichen im Wettbewerb um Arbeitsplätze. In den Ländern ohne ein solches Ausbildungsmodell ist die Jugendarbeitslosigkeit deutlich höher und die wirtschaftliche Situation oft schwieriger. Das zeigt der EU-Vergleich.



Die erfolgreiche Ausbildung zahlt sich für uns alle aus: Mit ihrer guten Ausbildung tragen qualifizierte Fachkräfte entscheidend dazu bei, unseren Wohlstand und die Lebensqualität in Deutschland langfristig zu sichern und zu mehren. Die CDU unterstützt sie dabei.

Programm JOBSTARTER plus

Manche Jugendlichen finden keinen Ausbildungsplatz, während manche Betriebe händelringend Auszubildende suchen. Hier wollen wir Abhilfe schaffen. Dazu hat die CDU-geführte Bundesregierung bereits 2006 das Programm JOBSTARTER plus gestartet.

- In den JOBSTARTER plus -Projekten erhalten Betriebe, die ausbilden wollen, Informationen über neue und modernisierte Ausbildungsberufe. So können sie ihre Ausbildungsangebote anpassen.

- Außerdem werden die Betriebe bei der Einrichtung von Ausbildungsplätzen sowie bei der Auswahl geeigneter Bewerber unterstützt. Davon profitieren Betriebe und Bewerber gleichermaßen.
- Für diesen neuen Förderschwerpunkt hat die CDU-geführte Bundesregierung bis zum Jahr 2020 Fördermittel in Höhe von 109 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Benachteiligte Jugendliche unterstützen

Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern oder mit Lernbeeinträchtigungen unterstützen wir mit unserer Bildungspolitik besonders. Das gilt für den Einstieg ins Berufsleben genauso wie für berufliche Fortbildung. Die CDU-geführte Bundesregierung hat dazu neu die Assistierte Ausbildung eingeführt: Sie ebnet benachteiligten Jugendlichen den Weg ins Berufsleben und unterstützt gleichzeitig die Ausbildungsbetriebe. Diese Möglichkeit wird gut angenommen. Allein im Jahr 2016 profitierten rund 16 000 junge Menschen von der Assistierte Ausbildung.

Die Assistierte Ausbildung ist Teil der „Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015 – 2018“. Mit ihr wollen Bund, Länder, Wirtschaft, Gewerkschaften und die Bundesagentur für Arbeit die duale Ausbildung und die betriebliche Weiterbildung stärken.

Berufsbildung 4.0

Wer in einer modernen Berufswelt mit PCs, automatisierten und vernetzten Maschinen erfolgreich sein will, braucht dafür die richtige Ausbildung. Die CDU macht sich dafür stark, dass Berufsschüler schon in der Ausbildung lernen, digitale Geräte zu nutzen und moderne Maschinen zu bedienen. Wir haben dazu die beruflichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen unter dem Dach der Initiative Berufsbildung 4.0 gebündelt:

- Die Berufsbilder werden modernen Anforderungen angepasst. Damit wollen wir sicherstellen, dass Berufsschüler schon während ihrer Ausbildung auch Zukunftstrends kennenlernen.
- Überbetriebliche Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren sollen modernisiert werden. Denn unsere Berufsschüler brauchen moderne PCs, um mit modernen Programmen vertraut zu werden. Dafür wurde ein Sonderprogramm für die Digitalisierung gestartet. Gefördert wird zum Beispiel die Anschaffung digitaler Ausstattung.

- Mit dem Förderprogramm „Digitale Medien in der Beruflichen Bildung“ werden neue, digital gestützte Bildungslösungen entwickelt und erprobt. Berufsschüler können damit z. B. am Arbeitsplatz lernen, E-Portfolios einsetzen und freie Bildungsmaterialien oder Virtual-Reality-Konzepte testen. Dies trägt zur Modernisierung der beruflichen Bildung bei und unterstützt die Verbreitung digitaler Medien in der Berufsausbildung.

Ausländische Berufsabschlüsse anerkennen

Die CDU hat durchgesetzt, dass die meisten Berufsabschlüsse aus Staaten der EU in Deutschland anerkannt werden. Menschen mit ausländischen Abschlüssen können sich damit in Deutschland einen Arbeitsplatz suchen. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Fachkräfte aus dem Ausland auch in Deutschland arbeiten können.

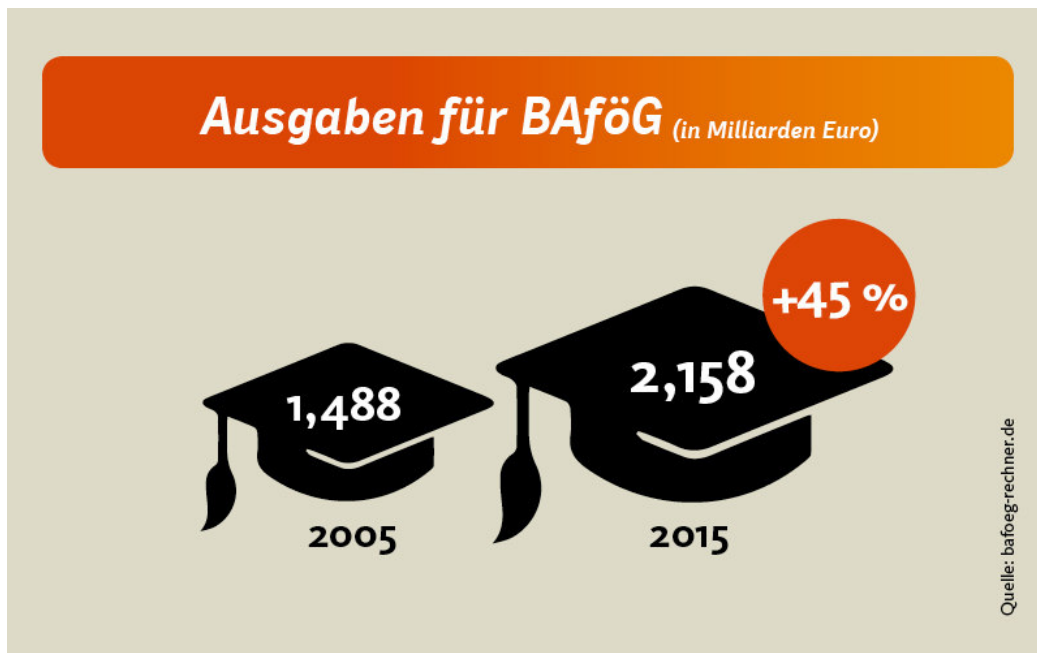
Zuschüsse für Gebühren zur Anerkennung: Eine Anerkennung ausländischer Abschlüsse kostet Geld. Um für Arbeitnehmer die Kosten zu senken, hat die CDU-geführte Bundesregierung einen Zuschuss zu den anfallenden Gebühren eingeführt. Dieser senkt die Finanzierungshürden auf dem Weg zur Anerkennung. Gezahlt werden ganz oder teilweise Gebühren und Übersetzungskosten bis maximal 600 Euro pro Person.

IV. Weiterbildung ermöglichen, Aufstieg fördern

Welche Schule unsere Kinder besuchen, welche Ausbildung oder welches Studium sie wählen und welchen Abschluss sie machen, soll von ihren Neigungen, Talenten und Fähigkeiten bestimmt sein. Die CDU will für jedes Kind die beste Schule und die richtige Ausbildung. Studium und duale Ausbildung sind uns dabei gleich viel wert. Das eine soll auf dem anderen aufbauen können. Ein durchlässiges Bildungssystem – dafür steht die CDU!

Durchlässige Bildungswege

Die CDU hat sich dafür stark gemacht, dass die unterschiedlichen Bildungswege aufeinander aufbauen. Wir haben durchgesetzt, dass der Einstieg in ein Studium nach einer erfolgreichen Ausbildung genauso einfach wird, wie ein Meister-Lehrgang im Anschluss an ein Bachelor-Studium. Zahlreiche Brücken zwischen den Bildungswegen verhindern Sackgassen und eröffnen immer neue Berufsperspektiven.



Höhere BAföG-Sätze

Das BAföG garantiert, dass ein Studium nicht am Geldbeutel der Eltern scheitert. Rund 611 000 Studierende sowie 259 000 Schülerinnen und Schüler profitierten im Jahr 2015 vom BAföG. Die CDU hat das BAföG jetzt noch besser gemacht:

- Den BAföG-Höchstsatz für Studierende haben wir 2016 angehoben. Er beträgt jetzt 735 Euro pro Monat. Damit müssen weniger Studenten neben ihrem Studium arbeiten.
- Seit 2016 zahlt der Bund das BAföG alleine. Das entlastet die Länder, bis einschließlich 2017 um rund 3,5 Milliarden Euro. Dieses Geld können die Bundesländer u. a. für bessere Ausstattung der Hochschulen investieren.

Anpassung der Bedingungen für BAföG-Empfänger

Darüber hinaus haben wir das BAföG zum Schuljahr 2016 bzw. zum Wintersemester 2016/17 noch besser an die Lebens- und Ausbildungswirklichkeit angepasst:

- Die Einkommensfreibeträge und Bedarfssätze sind um jeweils 7 Prozent gestiegen. Damit können mehr Studenten BAföG beantragen.
- Der Wohnkostenzuschlag für auswärtig Studierende stieg um mehr als 10 Prozent. Damit reagiert die CDU auch auf vielerorts steigende Mieten.
- Der Kinderbetreuungszuschlag für junge Eltern wurde für jedes Kind auf einheitlich 130 Euro angehoben. Denn Kinder brauchen Aufmerksamkeit und lernende Eltern Ruhe.

Das Aufstiegs-BAföG

Ob Steinmetzgeselle, Industriekauffrau oder Erzieherin – wir unterstützen alle, die beruflich weiterkommen und Verantwortung übernehmen wollen. Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung das Meister-BAföG 2016 zum Aufstiegs-BAföG gemacht. Wer sich auf einen Fortbildungsabschluss – etwa als Meister, Fachwirt, Erzieherin oder Erzieher – vorbereiten will, kann heute das Aufstiegs-BAföG beantragen. Auf diese Weise wurden seit 1996 bereits 1,9 Millionen berufliche Aufstiege gefördert. Über 170 000 Personen nehmen das Aufstiegs-BAföG heute pro Jahr in Anspruch.

Damit einhergehend haben wir die Leistungen angehoben.

- Es gibt höhere Beiträge für den Lebensunterhalt. Das schafft mehr Zeit zum Lernen.
- Die Zuschüsse für Lehrgangskosten wurden angehoben. Das entlastet die Teilnehmer.
- Bei bestandener Aufstiegsprüfung gibt es einen Erfolgsbonus. Das schafft zusätzliche Anreize.
- Zudem wurden auch hier die Zuschläge für Kinderbetreuung angehoben, um Familien besonders zu unterstützen.

Das Aufstiegsstipendium: Unterstützung für ein Studium mit Ausbildungsabschluss

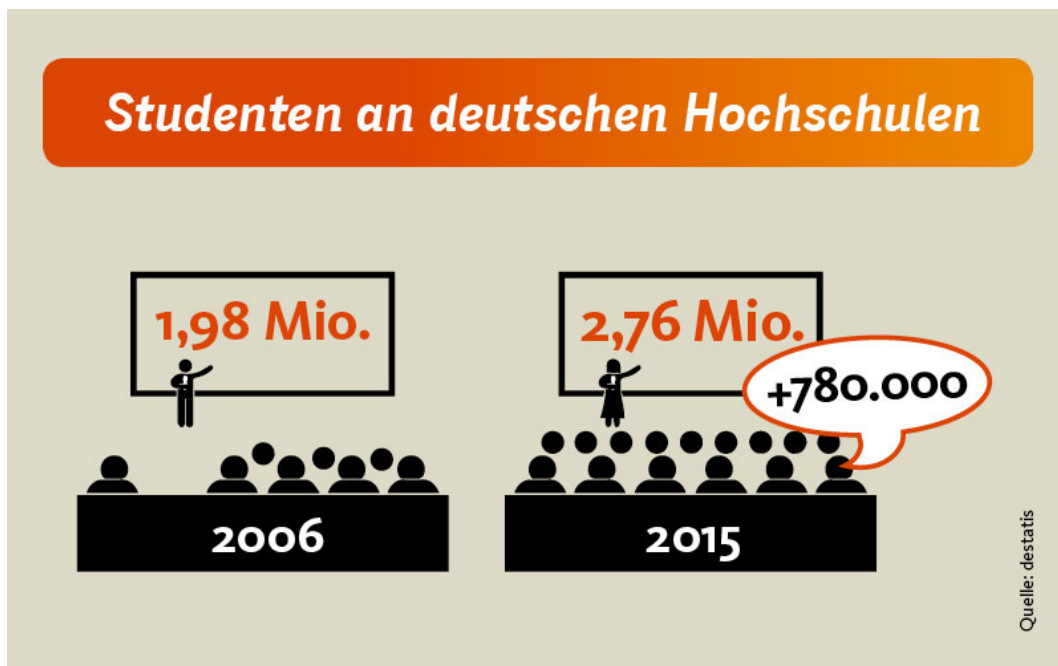
Mit dem Aufstiegsstipendium können engagierte Fachkräfte mit Ausbildung und Berufserfahrung auch ohne Abitur studieren. 2015 nahmen rund 51 000 Menschen diese Chance wahr – ein neuer Rekord.

Das Weiterbildungsstipendium

Wer seine Berufsausbildung abgeschlossen hat, kann für eine berufsbezogene Weiterbildung das Weiterbildungsstipendium beantragen. So hilft z. B. ein Fremdsprachen-, Computer- oder Technikkurs dabei, die individuellen Berufschancen zu verbessern. Gefördert werden hier Fachkräfte unter 25 Jahren. Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Fördersumme für das Stipendium zum Januar 2017 auf insgesamt 7.200 Euro angehoben.

V. Exzellente Aussichten für Studenten

Der Trend zum Uni-Abschluss ist ungebrochen. Jedes Jahr nehmen rund 500 000 Menschen in unserem Land ein Studium auf. Das entspricht knapp 60 Prozent eines Altersjahrgangs. Im Wintersemester 2016/17 waren insgesamt 2,8 Millionen Studenten an unseren Hochschulen eingeschrieben. Die meisten Studenten sind hochzufrieden mit ihrem Studium.



Hochschulpakt

Die CDU will, dass die Bedingungen für das Studium auch bei steigenden Studentenzahlen gut bleiben. Dafür stellt allein die CDU-geführte Bundesregierung mit dem Hochschulpakt zwischen 2014 und 2023 zusätzlich rund 10 Milliarden Euro bereit. Zusammen mit den Beiträgen der Länder können so die zusätzlichen Studienplätze gegenüber dem Stand von 2005 finanziert werden.

Gaststudenten in Deutschland

Auch für junge Menschen aus anderen Ländern ist ein Studium in unserem Land sehr attraktiv. Mit rund 340 000 ausländischen Studierenden gehört Deutschland im Jahr 2016 zu den fünf beliebtesten Zielländern neben den USA, Großbritannien, Frankreich und Australien. Viele der heutigen Gaststudenten können in wenigen Jahren als Fachkräfte in Deutschland zu unserem Wohlstand beitragen.

Qualitätspakt Lehre

Für ein erfolgreiches Studium ist die Qualität der Lehre an den Hochschulen entscheidend. Daher unterstützt der Bund mit dem Qualitätspakt Lehre individuelle Maßnahmen, von einer besseren Personalausstattung bis zu innovativen Lehrformaten. Von 2011 bis 2020 stehen hierfür zwei Milliarden Euro zur Verfügung.

VI. Starke Hochschulen

Studierende, Wissenschaftler, Forscher und Unternehmer – sie alle sind auf leistungsfähige Hochschulen, einen hohen Wissensstand und gute Forschungsergebnisse angewiesen. Die CDU macht unsere Universitäten stark.

Neue Chancen für Nachwuchsprofessoren

Nachwuchswissenschaftler sollen ihre Karriere längerfristig planen können. Deshalb fördert der Bund bis zu 1 000 so genannte Tenure-Track-Professuren ab dem Jahr 2017 mit einer Milliarde Euro. Das ist als Alternative zum klassischen Berufungsverfahren gedacht: Wer sich erfolgreich darauf bewirbt, erhält nach sechs Jahren direkt eine Stelle auf Lebenszeit – gute Leistungen vorausgesetzt. Eine klare Win-Win-Situation: Die Nachwuchswissenschaftler erhalten mehr Planungssicherheit, während Hochschulen und Forschungsinstitute die klügsten Köpfe frühzeitig an sich binden können.

Die neue Hightech-Strategie

Mit der neuen Hightech-Strategie will die CDU dazu beitragen, aus guten Ideen schnell marktfähige Produkte zu machen. Dies unterstützt Deutschlands Position als führende Wirtschafts- und Exportnation und sichert damit zukunftsfeste Arbeitsplätze. Die Hightech-Strategie konzentriert sich auf sechs Zukunftsaufgaben, die für unsere Gesellschaft mit Blick auf Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität besonders wichtig sind: „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“, „Nachhaltiges Wirtschaften und Energie“, „Innovative Arbeitswelt“, „Gesundes Leben“, „Intelligente Mobilität“ und „Zivile Sicherheit“.

Exzellenzstrategie

Deutsche Universitäten müssen weltweit wettbewerbsfähig sein. Die CDU unterstützt deshalb eine Elitenförderung in diesem Bereich. Alle Hochschulen werden dazu regelmäßig bewertet. Die besten Unis bekommen danach zusätzliche Zuschüsse, um mit den besten Unis der Welt konkurrieren zu können. Dafür stellen Bund und Länder ab 2018 dauer-

haft 533 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung, um die positive Entwicklung der Spitzenforschung an den Universitäten fortzuführen.

Innovative Hochschule

Vor allem die Fachhochschulen richten ihre Forschung stark an der Berufs- und Arbeitswelt aus. Sie sind zumeist stark in die Wirtschaft vor Ort und in der Region eingebunden. Deshalb wollen wir sie bei ihren Forschungen und ihren Entwicklungen neuer Ideen zusätzlich stärken. Denn das sichert Arbeitsplätze in der Fläche. Zur Finanzierung stellen Bund und Länder mit der Förderinitiative Innovative Hochschule ab 2018 insgesamt 550 Millionen Euro für zehn Jahre zur Verfügung.

VII. Wir stärken den Wissens-Standort Deutschland

Deutschland ist Hightech-Standort. Unsere Waren und Produkte genießen Weltruf. Die Grundlage dafür sind gute Bildung, solides Wissen und viel Erfahrung. Rund 10 Prozent des weltweiten Wissens entstehen in Deutschland. Deutschlands starke Stellung als Innovationsführer und Exportweltmeister ist das Ergebnis der Politik der CDU, die seit mehr als zehn Jahren konsequent Forschung und Innovationen fördert. Die Ergebnisse unserer Politik zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind.



Deutscher Erfindergeist ist Spitze

Fünf der zehn innovativsten Unternehmen Europas kommen aus Deutschland. Laut Weltwirtschaftsforum liegt Deutschland bei der globalen Wettbewerbsfähigkeit auf Platz vier. Beim Handel mit forschungsintensiven Waren stehen wir weltweit an zweiter Stelle. Mit 12,4 Prozent ist Deutschland Weltmarktführer beim Export forschungsintensiver Waren.

Wissen aus Deutschland ist gefragt

Mit 1 318 wissenschaftlichen Veröffentlichungen pro eine Million Einwohner im Jahr 2014 erreichte Deutschland einen Spitzenplatz und lag damit vor den USA. Die Zahl der wichtigen Patente für den Weltmarkt ist bei uns pro Einwohner doppelt so hoch wie in den USA.

Hier nimmt Deutschland mit 372 weltmarktrelevanten Patenten pro eine Million Einwohner weltweit einen Spitzenplatz ein. Mit unserer Innovationskraft können wir unsere starke Wirtschaftsposition in der Welt behaupten.

Globale Zusammenarbeit stärken

Wir wollen die Zusammenarbeit über Grenzen und Kontinente fördern. Wir wollen die Digitalisierung für den beschleunigten Wissenstransfer nutzen. Internetbasierte Kontaktbörsen sollen den Austausch und die Mobilität der Forscher verbessern. So können wir Erkenntnisse deutschen Erfindergeists erfolgreich exportieren. Und so können wir in Deutschland von den Erfahrungen anderer lernen.

Wissens- und Lernaustausch fördern

Der Bund unterstützt den Austausch des wissenschaftlichen Nachwuchses: Jeder zweite deutsche Hochschulabsolvent soll künftig Auslandserfahrungen sammeln. Die Zahl der ausländischen Studenten bei uns soll weiter steigen – auf 350 000 im Jahr 2020. Durch den internationalen Austausch können junge Menschen früh zusätzliche Kenntnisse erwerben und wertvolle Kontakte knüpfen.

Zusammenarbeit bei beruflicher Bildung

Der Bund wird die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung stärken, gerade auch mit den Schwellen- und Entwicklungsländern. Mit gut ausgebildeten Fachkräften unterstützen wir die Entwicklung der Wirtschaft in unseren Partnerländern. Unsere Fachkräfte dort sind zudem eine wichtige Voraussetzung für das Engagement deutscher Unternehmen.

Stand: 1. Juni 2017